

Aus den Fraktionen des Gemeinderats



Starkregenrisikomanagement in Wernau

Die durch den Klimawandel zunehmenden Starkregenereignisse in den letzten Jahren zeigen deutlich, dass grundsätzlich keine Regionen oder Ortsteile von diesen Naturgefahren ausgenommen sind.

Starkregen kann quasi jeden treffen! Auch eine Eigenvorsorge ist deshalb wichtig.

Wernau hat sich bereits 2017 dieser Thematik angenommen und wurde als eine der ersten Kommunen in Baden-Württemberg in ein Förderprogramm aufgenommen.

Die Gefährdungserkundung durch Starkregen und die Erstellung eines Konzeptes für ein Starkregenrisikomanagement ist auch eine Empfehlung im Rahmen der kommunalen Vorsorgeplanung.

Bereits im März 2019 wurde dem Gemeinderat von Herrn Knoche (Büro Klinger und Partner Stuttgart) ein Handlungskonzept sowie eine punktuelle Risikoanalyse für Wernau vorgestellt. Betrachtet wurden die möglichen Gefahren durch ein 100-jähriges Starkregenereignis.

Durch ein Berechnungsverfahren wurde eine Starkregengefahrenkarte erstellt. Mit dieser Karte wurden kritische Objekte, Bereiche und Infrastruktureinrichtungen in Wernau ermittelt und mögliche Schadenspotentiale abgeschätzt.

Ein wichtiger Punkt im Handlungskonzept ist die **Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung**.

So sollten auf gefährdeten Privatgrundstücken auch selbst ggfs. erforderliche Maßnahmen getroffen werden.

Das Krisenmanagement sieht neben einem Warnsystem (z. B. durch eine App) auch die Erarbeitung eines Alarm- und Einsatzplans vor.

Ziele des

Starkregenrisikomanagements:

- Darstellung der Überflutungsgefährdung
- Ermittlung von Risiken
- Abschätzung potenzieller Schäden
- Reduzierung von Schäden durch geeignete Vorsorgemaßnahmen

Am 11. Oktober konnten Interessierte im Rahmen einer Bürgerinformationsveranstaltung in der Wernaer Stadthalle sich über gefährdete Örtlichkeiten sowie Vorsorgemöglichkeiten informieren.

Verschiedene Fachfirmen zeigten im Rahmen einer kleinen Hausmesse Möglichkeiten, wie man sich vor den Gefahren von Starkregen schützen kann.

Weitere Infos zu diesem wichtigen Thema gibt es auch unter: <http://um.baden-wuerttemberg.de/de/umwelt-natur/schutz-natuerlicher-lebensgrundlagen/wasser/starkregen/>

Ihre Gemeinderatsfraktion der CDU Wernau

Jens Müller
Birgit Gottwald-Kolb
Bernhard Adolf
Eugen Bisinger

www.cdu-wernau.de



Gemeinsam geht anders

Hohe Wellen schlägt die Berichterstattung zur Sanierung des Plochinger Gymnasiums. Auf Grund der gestiegenen Kosten von geschätzten 20 Millionen auf nun ca. 60 Millionen kommt die Forderung zur Beteiligung an die umliegenden Kommunen. Eine rechtliche Grundlage dafür gibt es bisher nicht.

Schon bei Gründung des Gymnasiums war klar, dass dieses ein zentraler Schulstandort für Schüler der umliegenden Kommunen werden wird. Plochingen hat dieses Alleinstellungsmerkmal stets verteidigt und in der Vergangenheit Bestrebungen in den Umlandgemeinden, eine Gymnasiale Oberstufe einzuführen erfolgreich entgegengewirkt. Betroffene Kommunen wurden in keiner Weise in schulpolitische oder

bauliche Planungen mit einbezogen, denn Schulen unterliegen der kommunalen Verantwortung. Schulträger ist die Kommune, so ist die Regel. Wir haben die Sanierung unserer Realschule selbst finanziert, obwohl auch Schüler anderer Kommunen sie besuchen.

Ohne Frage ist Schule der Zukunft eine überörtliche Aufgabe. Deshalb wurde 2015 die „Evaluation der lokalen Schul- und Bildungslandschaft in Plochingen und Umgebung“ durch die Universität Tübingen in Auftrag gegeben. Lösungen suchen, die den Anforderungen der Schüler, den Wünschen der Eltern, den Überzeugungen der Lehrer und den wirtschaftlichen Möglichkeiten der Kommunen Rechnung tragen. Eine schwierige Aufgabenstellung und doch waren die beteiligten Kommunen bereit ihre Planungen abzustimmen. Plochingen hat das Ergebnis ignoriert und alle weiteren kosten- und planungsrelevanten Beschlüsse unabhängig gefasst.

Mit dem Wunsch zur Verlängerung des Modellversuchs G9 war ein Zuwachs von Schülern abzusehen. Ein Vorschlag aus dem Schulentwicklungsplan, eine Gemeinschaftsschule mit gymnasialer Oberstufe, also Abitur nach neun Jahren, in einer be-

nachbarten Gemeinde, hätte Schüler verteilt und bei den Sanierungen der Schulen in den Kommunen berücksichtigt werden können.

Für alle ist die Erhaltung der Schulgebäude eine finanzielle Herausforderung. Warum Plochingen den seit Jahren anstehenden Sanierungsstau nicht beheben konnte und deshalb heute um Hilfe ruft, entzieht sich unserer Kenntnis.

Natürlich liegt es nahe auch die zur Kasse zu bitten, die profitieren. Nur wo beginnt die Beteiligung am Abmangel oder Sanierung einer städtischer Einrichtung, die auch von auswärtigen Gästen in Anspruch genommen wird? Schulen wie auch Bäder sind sicher solche Einrichtungen, aber dafür müssen sich die betroffenen Kommunen zu einem Zweckverband zusammenschließen, gemeinsames Handeln vereinbaren und sowohl Mitspracherechte und Höhe der Beteiligung regeln. Einen solchen Schulverband haben wir nicht und er wurde in der Planungsphase auch nicht gewünscht. Jetzt freiwillig die Entscheidungen des Plochinger Gemeinderates zu finanzieren und die eigene langfristige Investitionsplanung auf den Kopf zu stellen, halten wir nicht für denkbar.